

## SOWJETZONE

### ZUR WIRTSCHAFTSLAGE DER SOWJETISCHEN BESATZUNGSZONE DEUTSCHLANDS IM HERBST 1961

#### *Wirtschaftliche Ursachen und Wirkungen der „Mauer“*

Der letzte Bericht über die Wirtschaftslage der SBZ (Heft 9/1961) schloß mit dem Hinweis auf die ungewöhnlich stark angestiegene Fluchtbewegung aus Mitteldeutschland, als deren Ursache die Furcht vor einer totalen Blockierung aller Fluchtwege angegeben wurde. Diese Furcht war mehr als begründet. Die Bevölkerung der SBZ hat *Ulbrichts* Unmenschlichkeit realistischer eingeschätzt als die Bundesregierung in Bonn, die nach der Sperrung der Sektorengrenze verlaublich ließ, sie sei von diesem Schritt überrascht worden.

Die stacheldrahtbewehrte Mauer nimmt auch im Wirtschaftsleben der SBZ eine so zentrale Stellung ein, daß es unvermeidlich ist, ihre Ursachen und Wirkungen im wirtschaftlichen Bereich zu erörtern, zumal sie eines Tages zu jenem Stein des Anstoßes gemacht werden könnte, über den *Ulbricht* stürzt.

Als Hauptursache auf wirtschaftlichem Gebiet muß der unablässige Aderlaß hervorgehoben werden, unter dem der Arbeitsmarkt der SBZ litt. Von den seit 1945 aus Mitteldeutschland geflohenen fast vier Millionen Menschen waren seit 1952 fast zwei Drittel Erwerbspersonen. Besonders hoch war der Anteil der aus Industrie und Handwerk Flüchtenden; aber auch in der Landwirtschaft sowie an den Arbeitsplätzen der „technischen Intelligenz“ entstanden riesige Lücken. Es wird lange dauern, ehe der Verlust der seit 1954/55 geflohenen 17 000 Lehrer an allgemeinbildenden und Fachschulen, ferner der 17 000 Techniker und Ingenieure sowie der 23 000 Studenten und Abiturienten überwunden ist.

Die Mauer hat die Flucht gestoppt. Wie wird sich das auf die Arbeitsmarktsituation der SBZ auswirken? Natürlich kann die Staatliche Plankommission nun bei der Prognose auf diesem Gebiet mit besseren Bedingungen rechnen. Trotzdem wird nach den Untersuchungen *Fachkundiger*<sup>1)</sup> die Abnahme der im arbeitsfähigen Alter stehenden Bevölkerung (Männer bis 65, Frauen bis 60 Jahre) bis etwa zum Jahre 1975 anhalten. Weil schon bisher fast alle Arbeitskraftreserven eingesetzt worden sind, muß die sehr starke Überalterung

trotz der unterbrochenen Fluchtbewegung das Arbeitskraftpotential so lange reduzieren, bis der Nachwuchs die Zahl der Ausscheidenden ausgleicht. Erst im Jahre 1965 dürfte die mitteldeutsche Bevölkerung mit 17,18 Mill. etwa den Stand von 1960 wieder erreicht haben. Bis dahin wachsen der Anteil der Kinder unter 15 Jahren und der Anteil der im Rentenalter Stehenden, während die arbeitsfähige Bevölkerung absolut und relativ auch über dieses Jahr hinaus abnehmen wird (1960 = 10,48 Mill., davon 8,68 Berufstätige; 1961 = 10,22 Mill., davon 8,46 Berufstätige; 1965 = 9,95 Mill., davon 8,26 Berufstätige).

Berücksichtigt man, daß infolge der Verlängerung der Schulzeit der Nachwuchs vom Jahre 1965 an erst im Alter von 17 Jahren ins Berufsleben treten wird, so bleibt für die arbeitsfähige Bevölkerung dann nicht mehr die Zahl von 9,95 Mill., sondern nur noch von rund 9,5 Mill. Der „Lastenausgleich zwischen den Generationen“ ist von alters her ein Kriterium jeder Volkswirtschaft. 1960 standen in der SBZ 100 Beschäftigten 98 Nichtbeschäftigte gegenüber. 1965 werden 100 Beschäftigte aber 108 Nichtbeschäftigte zu versorgen haben. Der neue Chef der Staatlichen Plankommission, *Mewis*, erwähnte kürzlich, daß allein in den produzierenden Bereichen der SBZ-Wirtschaft von 1958 bis Mitte 1961 die Zahl der Berufstätigen um mehr als 200 000 zurückgegangen sei. Eine unmittelbare, spürbare Entlastung — das ergibt sich, wenn man die hier genannten Zahlen auswertet — kann also die „Mauer“ dem Arbeitsmarkt der SBZ nicht bringen.

Von offizieller Seite *Pankows* wurde als Argument für die „Mauer“ die Notwendigkeit genannt, die Währung der SBZ zu sichern. Was hat es damit auf sich? Das Devisengesetz der Zone verbot „das Verbringen von DM der Deutschen Notenbank“ (Ostberlin) in den westlichen Währungsbereich. Trotzdem flössen täglich DM-Ost-Beträge über die Sektorengrenze nach Westberlin, im wesentlichen für Wareneinkauf, während dem Rückfluß dieser Gelder nach Mitteldeutschland fast keine Warenbewegung gegenüberstand. Per Saldo wurde durch diesen von *Pankow* als illegal erklärten „Geldkreislauf“ die Versorgung mit hochwertigen Konsumgütern, vor allem für die Bevölkerung des Randgebietes um Berlin, verbessert. Zugleich wirkte dieser Warenbezug infolge der Wechselstufenkurse kaufkraftabschöpfend. Er ergänzte insoweit also die Wirkung der staatlichen Konsumpreispolitik, ohne allerdings die kassierte Kaufkraft in die Staatskasse fließen zu lassen; denn sie floß aus Westberlin überwiegend in den privaten Bereich in Mitteldeutschland zurück. Wer hieraus eine Gefährdung des Wertes der DM-Ost konstruieren will, gibt zu, daß dieser wenig Stabilität besitzt — allerdings aus ganz anderen Gründen.

1) Wochenbericht Nr. 42/1961 des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin.

Vom wirtschaftspolitischen System her bedingt besteht in der SBZ seit der Währungsreform ein Mißverhältnis zwischen der Höhe der Einkommen aus Arbeit und Versorgungsbezügen einerseits und der zu niedrigen Warenversorgung andererseits. Dieses Mißverhältnis könnte bei optimaler Sparfreudigkeit der Bevölkerung völlig überbrückt werden. Daran fehlt es aber. Auch die überhöhten Preise des staatlichen Einzelhandels haben den Kaufkraftüberhang nicht abschöpfen können. Dies wurde durch die vor vier Jahren durchgeführte Geldumtausch-Aktion (am 13. Oktober 1957) zu erreichen versucht. Der Systemfehler ist jedoch nicht beseitigt worden.

Im Gegensatz zu dem oben erwähnten offiziellen Argument kann festgestellt werden, daß die „Mauer“ keinesfalls währungsstabilisierend wirken wird. Die Nachfrage nach Waren hat sich wegen der Absperrung von dem Westberliner Warenangebot in der SBZ sprunghaft erhöht und die ohnehin vorhandene Unterversorgung noch gravierender als schon bisher werden lassen. Dies wird nur geringfügig gemildert durch den Wegfall der Kaufkraft, die bis zur Grenzabspernung aus den Bezügen der Grenzgänger stammte, soweit diese höher waren als das jetzige Arbeits-einkommen dieser Personen in der SBZ auf ihren zwangsläufig neuen Arbeitsplätzen und durch den Wegfall der aus dem westlichen Währungsbereich stammenden Versorgungsbezüge.

Bei den letzteren strebt Pankow eine Ausnutzung des Währungsgefälles an, indem durch schwere Strafandrohungen die bestehenden Devisengesetze in der Richtung verschärft worden sind, daß alle Bewohner der SBZ aufgefordert wurden, alle Ansprüche und Forderungen in DM-West unverzüglich der sowjetzonalen Staatsbank anzumelden. Der Anmelder soll dann eine Gutschrift im Verhältnis 1:1 in DM-Ost bei ihr erhalten, während sie die DM-West einzuziehen versuchen wird, beispielsweise auf dem Wege über den Verrechnungsverkehr im Rahmen des Interzonenhandels. Dies ist eine weitere Art der staatlichen Bereicherung auf Kosten des eigentlich Anspruchsberechtigten in Mitteldeutschland.

Das Verlangen nach DM-West hat immer bestanden. Infolge des scharfen Rückganges der Einnahmen aus dem Berliner S-Bahnverkehr als Folge des konsequent durchgeführten Boykotts seitens der Westberliner ist es natürlich noch stärker geworden. Aber auch auf in der SBZ gelegene Vermögenswerte westlicher Eigentümer in Form von Grundstücken richtet Pankow jetzt in verstärktem Maße sein Augenmerk. Zwangshypotheken werden dort eingetragen, wo wegen der gleichbleibenden Einnahmen bzw. jetzt Gutschriften auf den Sperrkonten (gleichbleibend wegen des Mietpreis-Stopps) die erheblich gestiegenen

Instandhaltungs- und Unterhaltungskosten nicht mehr gedeckt werden können.

Eine weitere wichtige Ursache für die Grenzabspernung darf darin vermutet werden, daß der Vergleich der Lebenshaltung der Deutschen unter dem westlichen und dem östlichen System, trotz aller Versprechungen Ulbrichts, ständig zu seinen Ungunsten ausfiel. Das wird nun nicht anders werden, aber die Möglichkeit zum Vergleich wird stärkstens reduziert. In diesem Zusammenhang zeichnen sich schon jetzt zwei bedeutsame Auswirkungen der „Mauer“ auf wirtschaftlichem Gebiet ab. Die SED geht daran, die Privilegien der „Intelligenz“ zu überprüfen mit der Tendenz des Abbaus und die Leistungsnormen der Arbeiter zu erhöhen, weil ja die Gefahr, daß die Betroffenen sich durch die Flucht wehren könnten, nur noch ganz minimal ist.

#### *Die SED fordert höhere Leistung bei gleichem Lohn*

Mit der Parole: „In der gleichen Zeit für das gleiche Geld mehr produzieren“ sollen in allen Betrieben sogenannte Produktionsaufgebote gestartet werden. Alle Leistungsnormen sollen überprüft und dem Stande der technischen Verbesserungen am Arbeitsplatz angepaßt werden. Das „Zentralorgan der SED“ berichtet von einem solchen Anwachsen des Lohnes, „daß manche Arbeiter die Arbeitszeit gar nicht mehr voll ausnutzen mochten“, um nicht durch ein zu hohes Lohn-einkommen aufzufallen.

Die Leistung soll wieder an den Lohn herangeführt werden. Eine Brigade im VEB Elektrokohle, Berlin-Lichtenberg, hat den Anstoß zu dieser neuen Bewegung gegeben, unter deren Vorzeichen Verlust- und Wartezeiten gedrosselt oder ganz beseitigt werden sollen. Der seit einem Jahrzehnt geführte „Sparsamkeitsfeldzug“, die fortwährende Bemühung der symbolhaften Vorbilder „Gramm“ und „Millimeter“ und die vielen Selbstverpflichtungen zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität haben kaum Erfolg gehabt.

Vor allem im Schwermaschinenbau, im Werkzeugmaschinenbau und in der elektrotechnischen Industrie liegen die Durchschnittslöhne über dem geplanten Niveau, und die Steigerung der Arbeitsproduktivität war dementsprechend zu gering. Dort wo exakte Fertigungszeiten nicht kurzfristig ermittelt werden können, wird den Arbeitern nahegelegt, Normenzeiten zurückzugeben. In den Betrieben hat es um diese „kalte Normsteigerung“ harte Diskussionen gegeben. „Die Auseinandersetzungen um die Klassenposition und um die Arbeiterethik sind also kompliziert. Aber man kann ihnen nicht ausweichen“, bekannte der Gewerkschaftsvorsitzende des Kreises Zwickau. Ihm hätten Genossen gesagt: „Was verlangt Ihr denn von uns? Wir haben

doch auch mit Skat gespielt. Wenn wir jetzt mit der besseren Ausnutzung der Arbeitszeit kommen, dann zerrupfen sie uns.“

Neben den vielen Leistungen, die im „Produktionsaufgebot“ bereits erzielt worden sein sollen und neben den Hinweisen auf die großen Möglichkeiten dieser „Bewegung“ wird sehr offen über die bestehenden Mängel berichtet. Sie können heute, nach über zehn Jahren staatlicher Planwirtschaft in der SB2, nicht mehr einfach als Kinderkrankheiten abgetan werden. Sie kennzeichnen die Qualität der Wirtschafts- und Betriebsleitung in allen Stufen und werfen ein bezeichnendes Licht auf das innere Verhältnis der Werktätigen zu diesem System. In der Zwickauer Maschinenfabrik sind in acht Monaten dieses Jahres für Nacharbeit und Ausschuß 194 000 DM, in dem VEB Grubenlampe für Garantieleistungen 40 000 DM und im Reichsbahnausbesserungswerk „7. Oktober“ für Warte- und Stillstandszeiten 289 000 DM ausgegeben worden. Weil die Wasch- und Duschanlagen nicht ausreichten, beendeten die Arbeiter vielfach vorzeitig ihre Arbeit. Im VEB Berliner Bremsenwerk, das wegen seiner erheblichen Planschulden gerügt wurde, ruht in vielen Abteilungen die Arbeit bereits eine halbe Stunde vor Schichtschluß.

Als Ursachen dieser sehr unplanmäßigen Zustände werden „ideologische Unklarheiten im Zusammenhang mit den Maßnahmen des 13. August“ und krasses Versagen der Betriebsleitungen und der Meister genannt. Mit allem Nachdruck wird die „konsequente Verwirklichung des Prinzips der Einzelleitung“ gefordert. In diesem sogenannten Arbeiterstaat ist das Miitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft verpönt. Trotzdem sollen sich in vielen Betrieben Leitungskollektive gebildet haben, die ungesetzlich seien. „Mit dieser Verwischung der Verantwortlichkeit muß Schluß gemacht werden“, so äußerte sich der Vorsitzende des Volkswirtschaftsrates, *Alfred Neumann*.

Zwangsläufig kam mit der Forderung nach erhöhter Leistung bei gleichem Lohn und gleicher Arbeitszeit auch die Länge der Arbeitswoche wieder in die Diskussion. Auf den meisten Baustellen hat sich unter Duldung der örtlichen Funktionäre die 5-Tage-Woche durchgesetzt, wobei anfangs diese Konzession nur für die gelten sollte, deren Wohnort weit von der Baustelle entfernt liegt. Die Montagekolonnen richten sich noch immer nach der Montagegesetzgebung und Montageordnung, obwohl sie mit dem neuen Arbeitsgesetzbuch nicht mehr übereinstimmt. Es ist kein Geheimnis, daß einzelne Kolonnen wöchentlich sogar nur dreieinhalb Tage arbeiten. In einer offiziellen Stellungnahme im *Neuen Deutschland*<sup>2)</sup> zu diesem Problem heißt es, daß die gesetzliche

6-Tage-Woche auch auf den Baustellen einzuhalten sei. Die 450 000 Beschäftigten der Bauindustrie müßten sich dem Produktionsrhythmus der gesamten Volkswirtschaft angleichen. Es sei unverantwortlich, daß die teuren Baumaschinen in einem Sechstel der möglichen Arbeitszeit stillstünden.

Als Ausnahmeregelung, weil die SED ein konsequentes Festhalten an der 6-Tage-Woche um jeden Preis heute noch für zu riskant hält, soll, der 90-Stunden-Zyklus den Wünschen der Arbeiter Rechnung tragen bei möglicher Ausschaltung von Produktionsverlusten. Hierbei handelt es sich um eine zweischichtig organisierte Arbeitszeit, bei der „die Kollegen jeder Schicht abwechselnd alle 14 Tage vier freie Tage hindereinander nehmen können“. Die Baustellen sind damit von Montag bis Sonntag täglich besetzt; von Dienstag bis Donnerstag zweischichtig und von Freitag bis Montag einschichtig. Bei dieser Regelung wird die Sonntagsarbeit zur Pflicht, natürlich ohne Lohnzuschlag, aber wenigstens bleibt alle zwei Wochen eine längere Verschnaufpause.

In der Landwirtschaft ist nicht einmal dies möglich. Trotz des ungewöhnlich günstigen Herbstwetters läuft die Kartoffel- und Zuckerrübenenernte nicht planmäßig ab. Die Versorgung der Bevölkerung mit Einkellerungskartoffeln sollte nach einer Erklärung des Staatssekretärs *Koch* bis Ende Oktober im wesentlichen abgeschlossen sein. Landwirtschaftsminister *Reichert* mußte Anfang November zugeben, daß auf 140 000 ha Kartoffelflächen noch nachzulesen sei, daß die Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Kartoffeln noch zu sichern sei, daß die Zuckerrübenenernte nicht wie vorgesehen bis Mitte November beendet werden könnte, daß vor allem an den Wochenenden das Erntetempo erheblich nachlasse, daß die Zuckerfabriken Anfang November nur noch für einen knappen Tag Vorrat hatten, daß bei der Bestellung der Felder mit Wintergetreide erhebliche Rückstände zu überwinden seien, usw., usw. Das Wirtschaftswunder der SBZ besteht darin, daß trotz der Fehler, Störungen, Pannen und Reibungsverluste die Wirtschaft noch läuft. Die Erklärung liegt in dem ständigen Druck auf den Lebensstandard der Bevölkerung.

### *Neue Planungsbehörden*

Ohne den Propagandaaufwand, der sonst bei derartig bedeutsamen Organisationsänderungen getrieben wird, ist die oberste Spitze der Wirtschaftsbürokratie umgebaut worden. War im Sommer noch die Rede davon, neben der Staatlichen Plankommission eine Art Oberplankommission für die Perspektivplanung, also die langfristige Planung, einzurichten, so zeigt sich heute das folgende Leitungsschema. Wirtschaftsplanung und Wirtschafts-

2) Ausgabe vom 11. 10. 1961.

lenkung liegen in den Händen von zwei zentralen, gleichberechtigten und selbständigen Organen des Ministerrates, der Staatlichen Plankommission und des Volkswirtschaftsrates. *Leuschner* hat seinen Platz dem *Ulbricht* sehr nahestehenden *Karl Mewis* überlassen müssen, und als Vorsitzender des Volkswirtschaftsrates fungiert ein weiterer Vertrauter *Ulbrichts*, *Alfred Neumann*.

Es ist auffällig, daß in den ausführlichen Berichten über die große Wirtschaftskonferenz des ZK der SED und des Ministerrates vom 10. und 11. Oktober in Ostberlin *Leuschner* mit keiner Silbe erwähnt worden ist. Ihm müssen trotzdem die Ohren geklungen haben; denn die scharfe Kritik an der bisherigen Planung und Wirtschaftsleitung, von der Tatsache der Umorganisation ganz zu schweigen, zielte zu deutlich auf ihn. Das war nicht zu übersehen, wenn auch die „Wachablösung“ relativ ruhig ablief. Sie muß jedoch als eine sehr bedeutsame Änderung des Apparates bewertet werden, deren Hintergründe heute noch nicht restlos klar sind.

Die Aufgabengebiete der zwei neuen Zentralen verzahnen sich derartig ineinander, daß bei allem guten Willen zur Zusammenarbeit, der sicher vorhanden und auch unumgänglich notwendig ist, die Möglichkeit von Doppelarbeit und Überschneidungen nicht ausgeschaltet werden kann. Die Staatliche Plankommission ist für die Planung und „proportionale Entwicklung aller Zweige der Wirtschaft, der Volksbildung, Kultur, des Sozial- und Gesundheitswesens“ verantwortlich. Sie hat sich um die Sicherung der wichtigsten volkswirtschaftlichen Aufgaben und Schwerpunktprogramme zu kümmern. Sie arbeitet die Entwürfe der Perspektivpläne und der alljährlichen Volkswirtschaftspläne aus und legt sie dem Ministerrat vor. Bei der Darstellung dieser Funktionen hat *Mewis* mit keinem Wort die Stellung und Rolle des Volkswirtschaftsrates erwähnt, sondern nur auf die notwendige Abstimmung mit dem Forschungsrat, der Akademie der Wissenschaften und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen hingewiesen.

Der Chef des Volkswirtschaftsrates, *Neumann*, hat sich dagegen klar über beide Zentralinstanzen geäußert. Man könnte versucht sein, aus dieser Divergenz der Darstellung gewisse Schlußfolgerungen zu ziehen. Doch wir können das der Entwicklung überlassen. Der Volkswirtschaftsrat ist der zentrale Leitungs-„Kopf“ der Industrie, auch der örtlichen Industrie, des Handwerks und der Dienstleistungsbetriebe, zumindest hinsichtlich der „Bearbeitung ihrer Grundfragen“. Er bereitet den Entwurf des Volkswirtschaftsplanes der Industrie vor. Das wäre also eine Art Vorarbeit für die Plankommission, doch sind die Grenzen hierbei äußerst flüchtig. Diese Verzahnung kommt weiter darin zum Ausdruck,

daß der Volkswirtschaftsrat neben der Pflicht der Gewährleistung der Planerfüllung auch die Jahresprogramme, Halbjahres- oder Quartalprogramme für die Schwerpunktaufgaben festzulegen und dem Ministerrat vorzulegen hat. Seiner unmittelbaren Anleitung unterstehen die VVB und Wirtschaftsräte der Bezirke. Seine Stellung als eine Art Lenkungs-exekutive kommt darin zum Ausdruck, daß er die Materialversorgung im Bereich der zentral geleiteten und örtlich geleiteten Industrie, im Bereich des Handwerks und der Dienstleistungsbetriebe zu leiten hat, was wohl eine der schwierigsten Aufgaben in der Wirtschaft der SBZ überhaupt ist. Ferner hat er dem Ministerrat Analysen über die Erfüllung der staatlichen Pläne und Produktionsprognosen zu erstatten. Im Rahmen der Pläne für die Industrie bestimmt er jedoch nicht nur den Einsatz der materiellen, sondern auch den der finanziellen Mittel sowie der Arbeitskräfte.

Die Betonung der Verantwortlichkeit für den Einsatz der finanziellen Mittel in der Industrie ist aus zwei Gründen auffallend. Die Industrie ist der einzige Bereich, für den eine der neuen Zentralinstanzen auch auf finanziellem Gebiet zuständig ist. Die Stellung und Funktion des Finanzministeriums, der an sich für die gesamte Finanzplanung zuständigen Behörde, wird nicht erläutert. Zumindest für die Industrie ist demnach die Zweiteilung der Planung nach Menge und Wert beseitigt.

Schon bei der Vorbereitung der Planung soll künftig die Arbeit grundlegend verbessert werden. „Jährlich wird ein hoher Teil unseres gesellschaftlichen Gesamtprodukts für Investitionen in der Industrie eingesetzt, ohne die wirkliche Gewähr oder den Nachweis dafür zu haben, daß deren höchste volkswirtschaftliche Effektivität gesichert ist.“ Gegen Beschlüsse der Partei soll bisher grob verstoßen worden sein. „Die Tatsache ist alarmierend, daß entgegen den Beschlüssen des ZK der Partei die Investitionen in der Landwirtschaft nicht vorrangig den ökonomisch zurückgebliebenen nördlichen Bezirken zugeleitet wurden, sondern den südlichen Bezirken.“

Fachleute aus der Industrie der SBZ haben die Planungstechnik ebenfalls scharf kritisiert. Prof. Dr. *Schirmer*, der Direktor der Leunawerke, berichtete, daß die Zeit von der Vorplanung bis zur Fertigstellung von einzelnen Betriebsanlagen, die dringend benötigt würden, acht Jahre dauere, während „die Sowjetunion und einige kapitalistische Länder das in drei bis dreieinhalb Jahren“ schafften. Projektierungsarchitekten bemängeln die unklare Aufgabenstellung, was „zwangsläufig zu komplizierten Änderungen der Planunterlagen“ führe. Im VEB Hochbauprojektierung Dresden sind von Januar bis August 1961 allein nahezu 20 000 Stunden verlorener Projektierungsaufwand zu verzeichnen gewesen.

### *Wirtschaftsentwicklung langsamer*

In den drei ersten Quartalen dieses Jahres ist das Wachstum der industriellen Bruttoproduktion in der SBZ mit rund 6 vH wieder niedriger als im Vorjahr zur gleichen Zeit mit noch 8,4 vH. Die geplante Erhöhung der Arbeitsproduktivität soll bis August gehalten worden sein. Alle Zweige der Grundstoffindustrie sollen nach der Angabe *Neumanns* im wesentlichen die Pläne erfüllt haben, jedoch nicht bei der Abraumförderung der Braunkohle, der Erzeugung von Elektroenergie, der Produktion von Spezialstählen und von Rohstahl in Blöcken, bei Formguß und der Erzeugung von Karbid und Soda. Bei den Exportverpflichtungen bestehen „erhebliche Rückstände“. Mit solchen Leistungen sind bei der weiter zu forcierenden Schaffung einer engen Wirtschaftsgemeinschaft mit der Sowjetunion kaum Erfolge zu erzielen.

Die verheerenden Folgen der Eisenbahndemontage und der ungenügenden laufenden Verbesserung des Transportapparates werden

bei dem weiteren Ansteigen des Transportraumbedarfs der Wirtschaft immer spürbarer. So forderte das Kaliwerk Volkenroda von der Reichsbahndirektion Erfurt eine Tagestonnage von 1100 t und erhielt am 5. 10. 546 t, am 6. 10. 394 t, am 11. 10. 379 t und am 16. 10. sogar nur noch 35 t bereitgestellt. Das Werk hat seine Haldenkapazität erschöpft und muß die Produktion einschränken, obwohl seine Exportverpflichtungen darunter leiden, wenn die Reichsbahn ihre Wagengestellung nicht verbessern kann. Das Durchschnittsalter des Wagenparks und der Dampfloks beträgt in der SBZ über 30 Jahre. Der Kraftverkehr kann keine Entlastung bringen; denn über 30 vH aller Lkw sind Kriegs- und Vorkriegstypen. Im Jahre 1960 bewältigte die Reichsbahn von den insgesamt geleisteten 40,1 Md. tkm Gütertransport 32,9, die Binnenschifffahrt 2,3 und der Kraftverkehr 4,9 Md. tkm. Der Verkehrsengpaß ist zwar nicht neu, er tritt aber in der Herbstspitze immer stärker als Problem auf.

*Dr. Walter Meier*